

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Landvolkverein

beratendes Mitglied Jan-Gerd Behrends

Entschuldigt
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Von der Verwaltung

Oliver Leinert Stadtbaurat
Niksa Marušić Fachbereichsleitung Umweltschutz und Bauordnung (63)
Ellen Seehausen Fachbereich Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung (32)
Ralf Kohlwes Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
André Lachmund Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

Gäste

Dr. Ilka Strubelt Geschäftsführerin der Naturschutzstiftung
Herr Westphalen Freier Sachverständiger für Traditionsschiffe

Protokollführer

Timm Harms Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.08.2019 (öffentlicher Teil)
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Sanierung Tonnenleger „Kapitän Meyer“ **197/2019**
- 4.2 Förderung Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement und weitere Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes **195/2019**
- 4.3 Satzungsänderung zu einem Einwegplastikverbot bzw. Mehrweggebot für Veranstaltungen im öffentlichen Raum **205/2019**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Naturschutzstiftung Region FRI-WTM-WHV:
Vorstellung der hauptamtlichen Geschäftsführerin mit Ausführungen zur Erarbeitung eines Biodiversitätskonzeptes
- 5.2 Sachstand zur Schwarzwildpopulation im Naturschutzgebiet Voslapper Groden Süd
- 5.3 Sachstand Biosphärenreservat
- 5.4 Auswertung der Befragung der Wochenmarktbesucher
- 6 Öffentliche Anhörung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

Im Anschluss daran stellte **Frau Kloster** die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.08.2019 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.08.2019 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Sanierung Tonnenleger „Kapitän Meyer“ **197/2019**

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Leinert**. Dieser führte aus, dass der Rat im August 2018 beschlossen hatte, dass beide Museumsschiffe erhalten werden sollten. Hierzu sei nun eine erste Kostenschätzung erfolgt. Ausdrücklich bedankte sich **Herr**

Leinert beim Freundeskreis „Kapitän Meyer“ sowie bei Herrn Marušić für die sehr gute Vorbereitung. Anschließend bat er Herrn Westphalen um Vorstellung des Projektes (siehe Anlage).

Herr M. Harms fragte, was mit den sogenannten Aggregaten an Bord gemeint sei. Laut **Herrn Westphalen** seien die Altaggregate, welche nicht mehr betrieben werden würden, eine Hebeanlage sowie eine Heizungsanlage an Bord. Diese würden mit Strom vom Land betrieben. **Dr. Preuß** fragte, ob die veraltete Stromversorgung genutzt werden würde. Dieses sei laut **Herr Westphalen** nicht der Fall, eine neue Stromversorgung mit Unterverteilung würde neu installiert werden. **Herr Heinemann** fragte, warum die alte Beschichtung abgetragen und eine neue Beschichtung aufgetragen werden müsste. **Herr Westphalen** erklärte, dass die Korrosionsschäden unter dem Farbanstrich auftreten würden. **Herr Stoermer** fragte, wie lange die Sanierung des Schiffes dauern würde und wie lang das Schiff bis zum nächsten Schwimmfähigkeitsnachweis im Wasser liegen dürfte. Der Schwimmfähigkeitsnachweis sei laut **Herrn Westphalen** alle 5 bis 10 Jahre zu erneuern. Eine Werftliegezeit zur Ertüchtigung würde laut Herrn Westphalen ca. 6 Monate andauern. Hinzu würde der Innenausbau (Ausstellungsfläche) kommen.

Auf Nachfrage nach auftretenden Folgekosten konnte **Herr Westphalen** keine genaue Angabe machen. Es sei laut ihm aber in jedem Jahr mit Instandhaltungskosten zu rechnen. **Herr Marušić** stellte kurz den historischen Hintergrund der „Kapitän Meyer dar (siehe Anlage).

Frau Zaage fragte, ob das Schiff mit der Kaje am Bontekai fest verbunden werden würde. Dieses würde laut **Herrn Marušić** der Fall sein. Herr Heinemann fragte, warum nicht eines der Schiffe weiter westlich, Richtung Wiesbadenbrücke, festgemacht werden könne. Hierzu erläuterte **Herr Marušić**, dass das aufgrund des Anlegers der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft und des ansässigen Restaurants nicht möglich sei. **Herr Heinemann** und **Herr M. Harms** sagten, dass die Vertreter der CDU der Vorlage unter Vorbehalt der nächsten Fraktionssitzung zustimmen würden.

Frau Kloster las im Anschluss den Beschlussvorschlag vor und ließ darüber abstimmen. Das Ergebnis waren 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

- Der Tonnenleger "Kapitän Meyer" soll umfassend saniert werden. Die dafür vorgelegte Kostenschätzung in Höhe von 2,32 Mio. € wird zur Kenntnis genommen.

- Der Tonnenleger "Kapitän Meyer" wird zukünftig als Teil der Ausstellung des Küstenmuseums am Bontekai und durch das Küstenmuseum betrieben. Der Liegeplatz am Ende der vorhandenen Spundwand vor dem Gebäude Bontekai 55 braucht derzeit nicht ertüchtigt werden.

- Die Verwaltung wird beauftragt zum Zweck der Sanierung der „Kapitän Meyer“ Fördermittel beim Bund im Rahmen der Denkmalpflege (BKM) und beim Land Niedersachsen zu beantragen.

- Die Zustimmung erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln in ausreichender Höhe. Eine Bewilligung von Haushaltsmitteln erfolgt erst im Rahmen eines (Nachtrags-)Haushalts.

4.2 Förderung Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement und weitere Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes **195/2019**

Förderung Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement und weitere Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an Herrn Lachmund.

Dieser stellte die Beschlussvorlage vor (siehe Anlage) und bat um Zustimmung.

Herr M. Harms fragte, warum eine hiesige Wohnungsbaugesellschaft, die nun auch Car-Sharing betreibt, nicht ins Car-Sharing Projekt der Stadt mit eingebunden wurde. Hierzu erklärte **Herr Lachmund**, dass das Angebot zurzeit nur für Kunden der Wohnungsbaugesellschaft gelten würde. Er erhoffe sich aber zukünftig eine Beteiligung am gesamtem Car-Sharing Konzept.

Weiterhin fragte **Herr M. Harms**, wie viele Dächer in Wilhelmshaven bereits „begrünt“ worden seien. Laut **Herrn Lachmund** sei die Anzahl der Dächer im Internet unter <https://gruendach-whv.de> einzusehen. Die Qualität der Dächer sei dort aber nicht ersichtlich.

Herr Heinemann erfragte, wie sich die Projekte auf die Zahlen im Haushalt auswirken würden, dieses sei in der Vorlage schwer zu erkennen. Hierzu führte **Herr Marušić** aus, dass viele Maßnahmen bereits im Haushalt enthalten seien, z.B. Radwegmaßnahmen im Haushalt von TBW. Abschließend fragte **Herr Dr. Schulte**, ob das Klimaschutzkonzept neu aufgelegt werden würde. Laut **Herrn Leinert** würde das Konzept zu gegebener Zeit fortgeschrieben bzw. aktualisiert.

In der anschließenden Abstimmung stimmte der Ausschuss der Vorlage einstimmig zu.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven beschließt, einen Antrag auf Förderung eines Anschlussvorhabens nach der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in sozialen, kulturellen, öffentlichen Einrichtungen im Namen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – kurz: Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement – zur Fortführung des Klimaschutzmanagements zu stellen.

4.3 Satzungsänderung zu einem Einwegplastikverbot bzw. Mehrweggebot für Veranstaltungen im öffentlichen Raum **205/2019**

Frau Kloster las den Beschlussvorschlag vor und übergab das Wort an Herrn Leinert. Dieser erläuterte die Beschlussvorlage und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Schulte sprach sich für die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie aus. Ein Warten auf die Realisierung in deutsches Recht würde seiner Meinung nach nur Zeit kosten. Hierzu entgegnete **Herr Marušić**, dass die EU-Richtlinie bis spätestens zum 03.07.2021 in deutsches Recht umzusetzen sei. Direkt nach Umsetzung, könne dann die Verwaltung die Abfallsatzung den aktuellen Gegebenheiten anpassen, weil dann eine gesicherte Rechtsgrundlage zur Satzungsänderung geschaffen worden wäre. Sollte die Beschlussvorlage abgelehnt werden würden, würde die Verwaltung bereits nun die Abfallsatzung ändern. Dieses könne allerdings mit Mehraufwand verbunden sein, sollte das deutsche Recht über die Anforderungen der EU-Richtlinie hinausgehen, so **Herr Marušić** weiter. **Herr Leinert** ergänzte noch, dass die Stadt bereits jetzt darauf achten würde, dass bei städtischen Veranstaltungen auf Einweggeschirr verzichtet werden würde.

Im Anschluss daran, ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen. Die Beschlussvorlage wurde bei zwei Ja und 6 Nein Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

-mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt die geplante Änderung der Abfallsatzung erst nach Umsetzung der Einweg-Kunststoff-Richtlinie 2019/904/EU in deutsches Recht um.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Naturschutzstiftung Region FRI-WTM-WHV:
Vorstellung der hauptamtlichen Geschäftsführerin mit Ausführungen zur
Erarbeitung eines Biodiversitätskonzeptes

Frau Kloster übergab das Wort an Herrn Kohlwes. Dieser führte kurz in die Thematik ein (siehe Anlage) und übergab das Wort an die Geschäftsführerin der Naturschutzstiftung, Frau Dr. Strubelt.

Diese stellte die Naturschutzstiftung anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage)

Herr Dr. Schulte fragte, an welche Adresse diese Maßnahmen gerichtet seien. **Frau Dr.**

Strubelt führte aus, dass die Naturschutzstiftung eigene Flächen besitzen würde, dazu kämen noch Flächen der Landkreise bzw. der Stadt Wilhelmshaven sowie

Kompensationsflächen. **Herr Marušić** fragte, ob es für die hiesige Landwirtschaft die Möglichkeit gäbe, Anreize zu schaffen, von der Intensivnutzung der Flächen abzurücken.

Dieses sei laut **Dr. Strubelt** der Fall, da in Zukunft mehr Fördergelder in die biologische Landwirtschaft fließen sollen. Ergänzend führte **Herr Kohlwes** aus, dass auf verpachteten städtischen Flächen bereits jetzt Interesse an bereit gestellten Fördermitteln von Seiten der Landwirtschaft bestehen würde.

Zudem arbeite die Naturschutzstiftung mit ihren Flächen im Sinne des Naturschutzes.

Herr Behrends unterstrich, dass das Grünland dazu dienen würde, dass Vieh der Bauern zu versorgen. Weiterhin würden die Landwirte schon heute darauf achten, die Artenvielfalt zu schützen, z.B. mit Brachflächen oder Blühstreifen an den Ackerrändern. Er kritisierte zudem das Verhalten der Konsumenten, stets das günstigste Produkt zu kaufen aber die Landwirtschaft für alles verantwortlich zu machen. Auch die stetige Versiegelung der Flächen durch neue Gewerbebetriebe sei Beanstandens wert.

Ergänzend führte **Herr Dr. Schulte** aus, dass die Europäische Agrarpolitik die bäuerliche Landwirtschaft mit Fördergeldern stärker unterstützen müsse.

Im Anschluss daran unterbrach **Frau Kloster** die Sitzung von 17:10 Uhr bis 17:20 Uhr.

5.2 Sachstand zur Schwarzwildpopulation im Naturschutzgebiet Voslapper
Grodan Süd

Herr Kohlwes stellte den aktuellen Sachstand zur Schwarzwildpopulation vor (siehe Anlage).

5.3 Sachstand Biosphärenreservat

Herr Marušić führte aus, dass in den letzten Wochen viele Gespräche mit allen Beteiligten und Betroffenen geführt wurden. Weiterhin führte er aus, dass der Erlass des Umweltministeriums mit den rechtlichen Gegebenheiten noch nicht vorliegen würde. Allerdings würden die aufgestellten Arbeitsgruppen in Kürze mit Ihren Sitzungen beginnen.

5.4 Auswertung der Befragung der Wochenmarktbesucher

Frau Kloster übergab das Wort an Frau Seehausen, diese stellte die Ergebnisse der Befragung vor (siehe Anlage).

Frau Kloster fragte, inwieweit eine Änderung der Öffnungszeiten in Erwägung gezogen werden könnte. Dieses läge laut **Frau Seehausen** in den Händen der Marktbeschicker. **Herr Leinert** ergänzte, dass die Marktbeschicker gegen eine Änderung der Öffnungszeiten seien. **Frau Heide** schlug vor, den Markt des Börsenplatzes auf den Gotthilf-Hagen-Platz zu verlegen, dieses würde auch für die Touristen von Vorteil sein. An der sich anschließenden Diskussion über die Möglichkeit der Verlegung des Wochenmarktes beteiligten sich **Frau Stomberg, Frau Seehausen, Frau Zaage** und **Frau Heide**. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass eine Verlegung des Marktes durch die Verwaltung geprüft werden solle.

6 Öffentliche Anhörung

Entfiel, da keine Bürger anwesend waren.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:54 Uhr

Leinert
Stadtbaurat

Kloster
Vorsitzende

T. Harms
Protokollführer